



Kollektivvertrag der Neubediensteten

Verhandlungen gehen weiter

→ auf Seite 9

Ak-Wahl

Unsere Kandidaten

→ Bericht auf Seite 12/13





Eu-Erweiterungslüge

→ mehr auf Seite 14/15

Anm. der Redaktion:

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass sämtliche Artikel und Einträge Korrektur gelesen werden. Fehler können jedoch passieren.

mfg- Die Redaktion

Bericht aus dem Betriebsrat vom 24.02.04



Kollektivvertrag der W.L.: Verhandlungen wieder aufgenommen, siehe Artikel Seite 8.

Expedit Linie 5: Nach Drohungen des Betriebsrates, das Expedit notfalls zu schließen, wurde es nun zur Zufriedenheit der Belegschaft fertig gestellt.

Krankmeldungen: Bei der Einführung, dass bei den ersten drei Tagen eines Krankenstan-

des keine Arztbestätigung zu erbringen ist, gab es einige Anlaufschwierigkeiten.

Nach den ersten Monaten kann nun eine erste Bilanz gezogen werden. Derzeit sind die Krankmeldungen rückläufig und die, vom Unternehmen befürchtete, exzessive Ausnützung dieser Regelung von Seiten der Bediensteten fand nicht statt.

Wir bitten alle Bediensteten, diese, für unsere KollegenInnen gute und sinnvolle Neuregelung, auch weiterhin verantwortungsvoll zu nutzen, damit sie uns auch 2005 erhalten bleibt!

Bericht aus dem Zentralvorstand der GdG

Freizeiteinrichtungen: Zum ersten Mal, in der Geschichte der GdG, konnten die gewerkschaftseigenen Einrichtungen ein positives Geschäftsergebnis vorlegen.

Pensionsreform/Harmonisierung der Pensionssysteme

Der GdG-Vorsitzende, Kollege Hundsdorfer, referierte über die zu erwarteten Schwierigkeiten und den derzeitigen Stand der Verhandlungen.

Die Problematik der GdG liegt vor allem darin, dass unsere Mitglieder neun verschiedenen Pensionsgesetzten (Bundesländer) unterstellt sind und diese Tatsache die Verhandlungen nicht gerade vereinfachen.

Gleichzeitig verhandelt der Bund mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) über ein neues Bundespensionsrecht, dass dem ASVG angepasst ist.

Die Schlagwörter „**Harmonisierung der Pensionssysteme**“ und die „**privilegierten Beamten**“ werden immer wieder von Regierungsseite und den Medien so dargestellt, dass alle Beamten im Pensionsschlaraffenland leben.

Hier wird offensichtlich, dass die öffentliche Meinung mit Halb- und Unwahrheiten manipuliert wird!

Faktum ist, dass ein Grossteil der Beamten keine Ministerialräte oder Kommerzialräte sind, sondern Klein- und Mittelverdiener, dementsprechend sehen auch ihre Pensionen aus!

Bewusst wird auch verschwiegen, dass der Bund und die Gemeinden im Gegensatz zum ASVG keine Arbeitnehmerbeiträge zahlen und sich so jährlich dreistellige Euromillionenbeiträge ersparen.

Gleichzeitig zahlen Beamte höhere Beiträge und bekommen auch keine Abfertigung!

Bewusst wird auch der Öffentlichkeit verschwiegen, dass viele Städte und Gemeinden bei einer sofortigen Umstellung ihrer Beamten auf ASVG in massive Finanzschwierigkeiten kommen würden! Tatsache ist jedoch, dass der Druck auf die sogenannten „privilegierten“ Bereiche von GdG und GÖD zunimmt und jeder sich darüber im Klaren sein muss, dass es auch in unseren Bereichen zu Änderungen kommen wird!

GdG – Mitgliedskarte neu: Die neue GdG-Mitgliedskarte wird auf Wunsch auch mit Kreditkartenfunktion ausgestattet sein.

Ab Juni 2004 werden die neuen Mitgliedskarten an alle Mitglieder verschickt (ohne Kreditkartenfunktion). Möchte ein GdG-Mitglied nun diese Zusatzfunktion, muss es eine Filiale der BAWAG oder Postsparkasse (mit Ausweis) aufsuchen.

Eine Kontoeröffnung bei BAWAG oder Post ist nicht notwendig.

Kreditkartenteil:

- Exklusive Karte - nur für die Dauer der Mitgliedschaft
- Benützt generell bis € 2.000,-; Jugendliche und Schüler ab dem 17. Lebensjahr max. € 1.000,- mit zusätzlicher Unterschrift der Eltern.
- Jede Kontoverbindung wird akzeptiert.
- 1. Jahr gratis
- Folgekosten € 7,27 jährlich, wobei allfällige Erhöhungen indengebunden sind und nur in einem sehr moderaten Ausmaß möglich sind.

Versicherungsteil:

Diese S05-Versicherung ist nur in Zusammenhang mit dieser Kreditkarte möglich.

Versichert sind Karteninhaber (Einzelversicherung) sowie im Haushalt lebende Familienmitglieder (Ehegatten, Lebensgefährten etc) sowie Kinder bis zum 18. Lebensjahr bzw. bis zum 26. LT ohne Beruf und im gemeinsamen Haushalt lebend im Rahmen der Familienversicherung.

Versicherungszeitraum 6 Wochen pro Reise auch mehrmals jährlich.

Beltungsbereich ist weltweit, ausgenommen Heimtransport aus nichtmedizinischen Gründen innerhalb Österreichs.

Die Deckungsform ist subsidär.

Spitalkosten Direktabrechnung mit ausländischem Krankenhaus.

S05 - DETAILLEISTUNG

Sofortiger Versicherungsschutz mit dem postalischem Zugang der GdG-MC.

Versicherungsschutz unabhängig von Zahlungen mit der S05-MC.

Abschlussalter ab dem 17. Lebensjahr nach oben hin offen; insbesondere für Pensionisten ein Vorteil, da grundsätzlich Personen über des 75. Lebensjahr nicht mehr versicherbar sind.

Kein Ausschluss bei vorvertraglichen Leiden oder chronischen Erkrankungen (Am Versicherungsmarkt werden bestehende Leiden und behandlungswürdige Erkrankungen ausgeschlossen)

- Stationäre Behandlung im Ausland zu 100%
- Ambulante Behandlungen im Ausland zu 100%
- Krankentransport im Ausland zu 100%
- Rücktransport aus dem Ausland zu 100%
- Rückreise von mitreisenden Familienangehörigen
- Heimtransport innerhalb Österreichs mit Sanitätsfahrzeugen aus nichtmedizinischen Gründen (100% bis 1.500,-)
- Kinderrückholung bei Alleinreise (100% im Familienpaket)
- Krankenbesuch im Ausland (ab einem Spitalsaufenthalt im Ausland von länger als 7 Tagen, können Angehörige einmalig den Erkrankten besuchen)
- Kostenübernahme bis 2.000,- Medikamenten
- Medikamententransport (Nachsendung 100%)
- Begleitkosten für Kinder bis zum 12. LT, (in ein ausländisches Krankenhaus (300,- pro Tag)
- Überführungskosten bei Tod
- Bergungskosten im In- und Ausland
- Wiederbeschaffung von Reisedokumenten bis 200,-
- Medikamententransport (Nachsendungen) bis 100 %
- Begleitkosten für Kinder bis zum 12. LT in ein ausländisches Krankenhaus sowie bis 300 € pro Tag.
- Überführungskosten im Todesfall 100 %
- Bergungskosten: Suche und Bergungskosten nach einem Unfall bis 4.000,- €; Hubschrauberbergung bis 10.000,- €
- Wiederbeschaffung von Reisedokumenten bis 200,- €
- Verbringungskosten von Angehörigen

Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass für das erste Jahr sowohl die Kreditkarte als auch die Versicherung kostenlos ist. Die Gesamtfolgekosten für die Mitgliedskarte mit Kreditkartenfunktion und Versicherungsschutz beträgt danach bei der Einzelversicherung somit ca. € 24,70 und beim Familienpaket ca. € 42,- jährlich.

Im Vergleich zu den gängigen Kreditkarten sind dies die halben Kosten bei wesentlich besseren Vertragsbedingungen. Über die weitere Vorgangsweise werden entsprechend zeitgerechte Informationen folgen.



Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
Mitglied des Zentralvorstandes der GdG

Schneeräumung – Wiener Linien überfordert!



Schon im letzten Winker zeigte der GLB massive Missstände im Winterdienst auf, die Reaktionen unserer Bediensteten zeigte, dass wir mit unserer Kritik richtig lagen.

Besonders die Kollegen aus dem Bereich der Bauleitung informierten uns, dass kaum Personal für die Haltestellenschneeräumung aufgenommen wurde und wenn, dann viel zu spät! Einige Kollegen der Bauleitung mussten ganze Streckenabschnitte vom Schnee räumen, dementsprechend lange dauerte die Schneeräumung.

Besonders bemängelt wurde von den Kollegen der Bauleitung auch die Koordination der Aufnahme von Schneeräumpersonal, Hilfskräfte wurden meist erst dann aufgenommen, wenn ohnehin schon die meiste Arbeit erledigt war, bzw. das Tauwetter einsetzte.

Grundtenor der Kollegen, man warte einfach zulange zu!

Wir vom GLB sehen uns in dieser Vorgangsweise des Unternehmens wieder bestätigt. Hier wird versucht krampfhaft einzusparen, doch wieder einmal am falschen Platz und auf Kosten der Belegschaft!

**Euer Kollege Heinz Kudelka
Bhf. Speising**

W i n k e r

Das etwas andere Mitarbeiterforum



Jene Bediensteten, die regelmäßig unser GLB-Forum besuchen und ihren Frust und ihre Meinung niederschreiben, schätzen ihre Anonymität.

Um diese Anonymität zu waren, wurde bewusst auf Registration und Vergabe

von Passwörtern verzichtet.

Nun gibt es seit einiger Zeit ein neues Mitarbeiterforum, dass, so sagen wir mal, der Fraktion FSG sehr nahe stehend ist. Dort wird allerdings ein wenig anders vorgegangen.

Nach einloggen und Vergabe eines Passwortes kann jeder seiner Meinung freien Lauf lassen, oder doch nicht?

Hier einige Fakten, die allen Bediensteten zu denken geben sollte. Nachdem sich ein Kollege in dieses Forum von seinem Computer eingeloggt und einen Beitrag geschrieben hatte,

tat er dies hin und wieder auch von anderen Computern. Zufällig auch einmal vom PC eines anderen Bediensteten.

Die Reaktion von den Betreibern des Forums kam prompt, jener Bedienstete wurde angerufen und befragt, warum er sich nicht traue, unter seinem eigenen Namen Einträge zu schreiben! Ohaaa!!!!

Jener Bedienstete (PC-Besitzer) musste sich rechtfertigen, dass er diesen Eintrag gar nicht geschrieben hat.

Die Betreiber dieses Forums scheinen bewusst (wahrscheinlich über die IP-Nummern) die Identität der Forumsbenutzer auszuforschen und diese, bei nicht genehmen, Einträgen zu kontaktieren! „**Traurig, aber wahr!**“



**meint Eure Fini
Bhf. Speising**

Politik ohne Standpunkt ist keine Politik



Es war einmal vor langer, langer Zeit eine Partei, die nannte sich sozialistisch oder sozialdemokratisch, je nachdem. Diese Partei wurde gegründet, um sich für Arbeiter und Arbeitnehmer einzusetzen und deren Interessen zu wahren.

Dass sie dafür von Unternehmern gehasst wurde, liegt logischerweise auf der Hand, denn deren Interessen waren entgegengesetzt.

Die Arbeiterpartei von damals hat sich aber zunehmend dem Kapital/Unternehmern angenähert, dafür wird sie von den Unternehmern nicht mehr gehasst, sondern umarmt.

Gibt es da nicht ein Sprichwort, das heißt: Wenn dich dein Gegner lobt, frage dich, was du falsch gemacht hast! Die einstige Arbeiterpartei hat in Österreich ihren Frieden mit den Gegnern von damals gemacht. Manche loben diese Entwicklung, manche sehen sie mit Trauer und wieder andere haben nur mehr Spott dafür übrig. Die Sozialdemokraten haben mit ihrer ehrwürdigen Tradition gebrochen. Man kann natürlich verschieden darauf reagieren- nur leugnen kann man es nicht

Unternehmer streben nach Profit, dass ist ihr Geschäft. Arbeiter und Angestellte wollen höhere Löhne und Gehälter, beides kann man nicht haben und das eine geht auf Kosten des anderen.

Die Sozialdemokraten haben schon vor Jahren ihren Standpunkt verlassen und sich in den nationalen Schulterschluss eingereiht. Politik ohne Standpunkt ist aber keine Politik!

Die Ära Vranitzky ist ja gerade noch akzeptabel gewesen, mit Klima allerdings war der Tiefflug nicht mehr aufzuhalten und jetzt mit Gusenbauer nimmt das Schicksal der Sozialdemokraten einen verherenden Verlauf.

Ob Gusenbauer als Parteivorsitzender die richtige Wahl war, sei dahin gestellt. Wem gab es denn damals als Alternative?

Karl Schlögl, so schien es damals, sollte Klimas Nachfolge antreten. Der Rechtsruck mit einer Schlögl Kandidatur wäre allerdings alles andere als erfreulich gewesen und löste innerhalb der Partei blankes Entsetzen aus. Es wurden sogar gegen eine Kandidatur Schlögls Unterschriften gesammelt. Entscheidend war aber damals der Gewerkschaftsflügel der Lt. Presse,

Im Gespräch war aber auch Caspar Einem, der aber vielen innerhalb der Partei zu weit „LINKS“ angesiedelt war, aber sicher eine bessere Wahl gewesen wäre. Die Spaltung der Partei war vorprogrammiert, also musste zum „rechten“ Schlögl und „linken“ Einem eine Alternative her mit der jeder Leben kann – eben Gusenbauer.

Die Entscheidung für Gusenbauer als neuen Parteivorsitzenden war ja für die Sozialdemokraten damals nahezu ideal. Er war Vorsitzender der sozialistischen Jugend, kommt aus dem Parteiapparat, war lange Zeit in der Arbeiterkammer und so weit links war er ja wieder auch nicht!

..... und der Rest ist Geschichte. Bei der letzten Nationalratswahl musste die SPÖ mit Gusenbauer den 1. Platz abgeben und verlor den Nationalratspräsidenten. Die rosaroten Herzen an der Basis bluteten und immer mehr wurde vielen Sozialdemokraten klar, dass eine Politik die nicht mehr die Interessen der sozial Schwachen, der Jugend, der arbeitenden Menschen und der Frauen vertritt, dem Untergang geweiht ist.

Die SPÖ trägt zwar die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ in ihrem Namen, aber von all dem, was diesen Begriff inhaltlich ausmachte, ist kaum etwas geblieben.

Was die sozialdemokratischen Politiker heute darstellen, ist ihre völlige Beziehungslosigkeit zur Arbeiterschaft. Sie sind nichts anderes als Karrierepoliker, die Kreisky und seinem Team nicht einmal annähernd das Wasser reichen können.

Sie fanden allem Anschein nach nur zu den Sozialdemokraten, weil man sich dort die besten Chancen versprach.

Rudas, Klima und Konsorten sind die besten Beispiele dafür. Moral zählt leider immer nur solange, wie sie zur Rechtfertigung egoistischer Ziele dient. Das Ergebnis dieser „politischen Moral“ ist: SPÖ - Wähler denken nur so lange „sozialistisch“, wie es ihnen eine Gemeindewohnung oder einen Posten bringt. Diese Formen einer Parteibuchwirtschaft sind aber heute nicht mehr im alten Ausmaß möglich.

Was die SPÖ jetzt braucht, wäre ein klares sozialistisches Programm. Sie müsste Alternativen zum neoliberalen Wahn der EU und zur hemmungslosen Globalisierung bieten, dazu müsste innerhalb der Partei ein deutlicher Linksruck stattfinden, um die Partei wieder zu dem zu machen, wofür sie gegründet wurde – um die Interessen der Arbeiterklasse und sozial Benachteiligten zu wahren.

Linie D - Opernball 2004 –



Fahrgastinformationen über Abweichungen der Linien sind gleich Null! Als gutes Beispiel wie Fahrgastinformationen nicht sein sollten, kann am Beispiel der Linie D aufgezeigt werden.

Auf Grund der alljährlich stattfindenden Proteste beim Opernball, wurde die Linie D von Nussdorf über die Schottentorschleife zurück zum Kai-Ring, Richtung Südbahnhof geführt.

Diese Ablenkung der Linie D wurde bis Betriebsschluss beibehalten.

Ein besonders sensibler Bereich war die Haltestelle Börse. Hier mussten die Fahrgäste, aufgrund der Linienabweichung, auf der gegenüberliegenden Haltestelle nach Nussdorf zusteigen. Leider vergaßen die Wiener Linien unsere Fahrgäste über diese kleine Änderung zu informieren.

Nun kann sich jeder Fahrbedienstete vorstellen, wie unsere lieben Fahrgäste reagiert haben, -der gestreckte Mittelfinger und das Vogelzeichen waren noch das Harmloseste.

Die Fahrer und das Expedit funkten mehrmals die Betriebsinspektion an, um für diesen Bereich einen Revisor zu bekommen, der die Fahrgäste über die besondere Situation informieren sollte.

Der Erfolg war jedoch gleich Null. Bis Betriebsschluss, war es dem Unternehmen nicht möglich, Revisoren für diesen Bereich abzustellen!

Unsere KollegenInnen, die an diesem Tag ihren Dienst auf der Linie D verrichteten, durften wieder mal den Ärger der Fahrgäste ausbaden.

Hier kann nur gesagt werden, hoch den Kundendienst!!!!!!!!!!

Euer Kollege Alois Steffel

Meine Meinung!



Offensichtlich haben einige Kollegen der FSG ein grundlegendes Problem damit, dass ich meine Mitarbeit dem GLB angeboten habe: Nach meinem Artikel im letztem Winker punkto Sicherheit, waren die Reaktionen der Mehrheitsfraktion, mich betreffend, mehr als fragwürdig. Anscheinend gefällt es der FSG nicht, dass man eine eigene Meinung hat und diese auch kund macht, sei es im FSG-Forum oder in einer Betriebszeitung.

Ich werde nun versuchen, noch einmal zu erklären, warum ich beim GLB mitarbeite. Da es nicht egal ist, wem ich meine Stimme gebe, suchte ich meine Interessensvertretung nach

deren Leistung in der Vergangenheit aus. Man kauft ja auch nicht gleich das nächst beste TV-Gerät, sondern vergleicht noch andere Angebote, bis man sich für das Beste entscheidet. Ich bin auch der Meinung, dass in eine gesund funktionierende Gewerkschaft eine Opposition gehört, damit die Mehrheitsfraktion keine Chance hat, sich zur Ruhe zu setzen. Für die Zukunft hoffe ich, meine Meinung sagen oder schreiben zu dürfen, wo und wie auch immer, ohne mich bei der FSG rechtfertigen zu müssen.

**Euer Kollege
Willi**

Winker

Leserbrief

(Die Meinung des Verfassers muss nicht unbedingt mit unserer übereinstimmen)

Sehr geehrter Herr Direktor,

als langjähriger, im allgemeinen mit dem Service der Wiener Linien sehr zufriedener Kunde und Jahreskarteninhaber (Karten-Nr. J0668790) wende ich mich an Sie als kaufmännischen Direktor des Unternehmens, um mein äußerstes Mißfallen darüber zum Ausdruck zu bringen, dass die Wiener Linien Werbeflächen an ihren Straßenbahngarnituren für die neueste Imagekampagne der Wirtschaftskammer Österreich zur Verfügung stellt.

Es ist selbstverständlich und ohne weiteres einsichtig, dass die Wiener Linien generell Werbeflächen vermieten, und ich bin überzeugt, dass die Einnahmen aus dieser Quelle letztlich als Finanzierung von Serviceleistungen auch uns Fahrgästen zugute kommen. Jedoch glaube ich, dass Ihr Unternehmen, wie jedes andere Unternehmen auch, besonders aber da es im öffentlichen Eigentum steht, vor der Vermietung von Werbeflächen prüfen sollte, von wem es Gelder für Plakatflächen annimmt, bzw. welche Inhalte auf diesen Plakatflächen – im wahrsten Sinne des Wortes – transportiert werden.

Wie Sie sicherlich wissen, führt die Wirtschaftskammer Österreich derzeit eine äußerst aggressive, klassenkämpferische Imagekampagne durch. Entsprechend den allgemeinen ökonomisch und politisch für die WKÖ günstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirbt sie, u.a. vermittels dieser Imagekampagne, für weitergehende Vergünstigungen für die Unternehmen zu Lasten der ArbeitnehmerInnenrechte. So kann es also passieren, dass die Wiener Linien eine Straßenbahngarnitur mit folgender Werbeaufschrift der WKÖ über die Ringstraße führen: „Ohne Job kein Geld, und ohne Geld ka Musi“. In dieser Werbebotschaft ist

bereits recht unverschlüsselt die politische Zielvorstellung der WKÖ formuliert: Die letztendliche gänzliche Abschaffung jeglicher sozialen Sicherung in Österreich. „Ohne Job kein Geld“ - Die Richtung wird damit klar vorgegeben: Kein Arbeitslosengeld mehr, keine Notstandshilfe, keine Sozialhilfe, keine Pensionen. Lohnarbeit wird zur einzig möglichen Ressource wirtschaftlichen Überlebens, und weil dies so ist („Ohne Geld ka Musi“), können die Unternehmer die Bedingungen und die Preise (=Löhne) der Lohnarbeit allein diktieren. Denn das wichtigste Druckmittel der Unternehmer, die Drohung mit Arbeitslosigkeit, wird noch um ein vielfaches stärker, wenn Arbeitslosigkeit gleichbedeutend ist mit wirtschaftlichem Untergang. So, und nur so, kann die Disziplinierung der Arbeitskraft und die gesellschaftliche und politische Dominanz der Unternehmer auf Dauer abgesichert werden.

Genau dafür wirbt die Wirtschaftskammer Österreich. Und die Wiener Linien sorgen dafür, dass diese Botschaft in ganz Wien „herumkommt“.

Angesichts der Kundenstruktur der Wiener Linien – wie Sie wissen, gehört der weitaus überwiegende Teil der Fahrgäste nicht der Unternehmerklasse an, sondern setzt sich aus ArbeiterInnen, Angestellten, PensionistInnen, SchülerInnen und StudentInnen zusammen – kann ich es nur als blanken Hohn und als Beleidigung der Intelligenz der Fahrgäste deuten, wenn Ihr Unternehmen Werbeflächen für politische Parolen vermietet, die den Interessen der überwältigenden Mehrheit Ihrer Fahrgäste diametral entgegenstehen.

Entspricht es der politischen und ethischen Verantwortung eines öffentlichen Unternehmens der Gemeinde Wien, aus kommerziellen Überlegungen jedwede Botschaft auf ihren Werbeflächen zu transportieren? Selbst wenn diese Botschaften, so wie die Slogans der WKÖ, kaum verhüllte Drohungen gegen die zahlenden Kunden Ihres Unternehmens beinhalten?

Für eine Stellungnahme seitens des Unternehmens wäre ich Ihnen sehr dankbar, und blicke Ihrer Antwort mit Freude und Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

W. Herbst

Verhandlungen über Änderung des Kollektivvertrages der Neube- diensteten wieder aufgenommen.

Zur Erinnerung, nachdem die Unternehmensführung in einer Nacht und Nebelaktion bekannt gab, sie wolle eine private Busfirma kaufen, (Platter) wurde von Seiten des Betriebsrates sämtliche Verhandlungen über Änderungen des Kollektivvertrages eingestellt. Nachdem die Wiener Linien, vom Kauf einer privaten Busfirma wieder Abstand nahm, wurden die Verhandlungen über den KV wieder aufgenommen!

Am 27.02.04 wurden wieder Gespräche geführt, deren Hauptzweck es war die zukünftigen Kollektivverträge auf HTV – Niveau zu senken, also gut 20% weniger Lohn für alle zukünftigen Fahrer.

Schon 2003 berichtete der GLB über die Forderungen des Unternehmens und kritisierte die Vorgangsweise der FSG, dieser Forderungen nachzugeben.

Wir haben in unserem 2003 gebrachten Artikel über die ersten Gespräche mit dem Generaldirektor berichtet. Die Beweggründe des Unternehmens, der FSG und die massiven Einschnitte, die auf die zukünftigen Mitarbeiter und auch Altbediensteten warteten, wurden aufgezeigt.

Zum besseren Verständnis bringen wir noch mal Ausschnitte aus dem Artikel, der heute aktueller ist als vor einem Jahr und der euch die Gefahren und Argumente aller Beteiligten aufzeigt!

Treffen der Zentralbetriebsräte und Betriebsräte mit Generaldirektor Grois am 13. August 2003! – Bei diesen Treffen wurden die ZBR/BR im Grunde genommen vor vollendete Tatsachen gestellt, die Gründung einer Bustochter sei unverzichtbar, um neue Geschäftsfelder zu erschließen (Überlandbuslinien z.B. Wien - Bratislava) und möglichen Klagen wegen Wettbewerbsvorteilen (Finanzierungsvertrag) auszuschließen.

Weiters stellte Gen. Dir. Grois klar, dass diese Tochtergesellschaft die zukünftigen Busfahrer nach dem HTV – Kollektivvertrag einstellen wird, um konkurrenzfähig zu sein.

Gleichzeitig wurden weitere Rationalisierungs- und Kostensenkungsprogramme angekündigt. Sollten die-

se nicht greifen, dann müssten W.L. – Teilbetriebe in Töchter ausgelagert werden!

Damit kam klar zum Ausdruck, dass eine zukünftige Bustochter hervorragend als Druckmittel für weitere Kostensenkungen dient, frei nach dem Motto „**ihr stimmt zu oder wir lagern aus!**“!

Vorschlag des Betriebsrates abgelehnt! – Der Vorschlag auf Gründung einer Bustochter zu verzichten, der Überlandbusbetrieb könnte auch innerhalb der Wiener Linien geführt werden, mit gleichzeitig geringeren Zulagen für jene Fahrer die im Überlandver-

kehr beschäftigt werden, wurde abgelehnt!

Die Begründung des Unternehmens – Eine genaue finanzielle Abgrenzung sei bei diesem Modell nicht möglich und man wolle sich keiner Klageflut aussetzen.

Diese Begründung ist an den Haaren herbeigezogen und entbehrt jeder Grundlage meint der GLB – Sämtliche

Teilbereiche der Wiener Linien sind heute in Profit Center unterteilt, eine wirtschaftliche Trennung kein Problem und die Kostenaufschlüsselung ist klar und eindeutig zu unterscheiden, wenn ein eigener Überlandbetrieb von den Wiener Linien geführt werden würde.

Auch sind die Betriebsmittel bei Überlandverkehr leicht abgrenzbar, diese müssten mit Dieselnissen betrieben werden!

Der GLB hätte dieser Lösung mit schweren Herzen zugestimmt, da bei diesem Modell eine langsame und stetige Übernahme unserer derzeit betriebenen Linien nicht möglich gewesen wäre!

Auch wären Drohungen von Seiten des Unternehmens von vorne herein ausgeschlossen worden, wenn die Personalvertretung keinen weiteren Gehaltskürzungen zustimmen würde, dass Buslinien dann von der Tochter übernommen werden!

FSG – Kompromissvorschlag „ Ja zur Bustochtergründung, jedoch Personal kommt weiter von den Wiener Linien und werden an die Bustochter verliehen! Jeder neuaufgenommene Fahrer sollte bei Bedarf ab einen noch festzulegenden Stichtag, dann auch bei der Bustochter fahren müs-



sen! Alle zukünftig aufgenommenen W.L. Fahrer würden nach unseren derzeitigen Kollektivvertrag aufgenommen werden, jedoch bei Zuteilung zur Bustochter mit reduzierten Zulagen fahren. Somit wäre der Lohn auf HTV – Niveau (ca-20%)!

FSG- Argumente – Alle Neueintretenden wären weiterhin Beschäftigte der Wiener Linien, mit all ihren Vorteilen (Betriebspension) und jene Bedienstete, die bei der Tochter fahren müssten, hätten weiterhin unseren Kollektivvertrag!

Außerdem könnte, man eine Bustochtergründung eh net verhindern, man müsse halt Kompromisse eingehen auch zum Wohle des Unternehmens!

GLB – Zentralbetriebsrat Böhm – Raffay lehnte diesen Vorschlag vehement ab und warnte die FSG – BR und ZBR vor den möglichen Folgen und Auswirkungen dieses kurzsichtigen Vorschlages.

GLB – Argumente

Der GLB bezweifelt die ehrlichen Absichten des Unternehmens, das Unternehmen wird sicher versuchen auch Überland einige Linien zu betreiben, doch sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht rosig und es ist nicht sehr sicher ob ein Tochterunternehmen wirtschaftlichen Erfolg hätte.

Nicht nur die österreichischen Konkurrenten (Dr. Richard, ÖBB/Post) die klare Kompetenzvorteile im Überlandverkehr haben, müssten unterboten werden, sondern auch die Konkurrenz aus den ehemaligen Oststaaten, die schon heute Linienbetriebe nach Wien unterhalten und noch ein wesentlich geringeres Lohnniveau haben, müssten unterboten werden. Ein Ding der Unmöglichkeit meint der GLB!

Ein weiterer Grund; der HTV wird zur Regel! Es würde zu einem weiteren Lohndruck gegenüber den Altbediensteten kommen, indem man sie als privilegiert hinstellt.

Es wäre kaum zu verhindern, dass eine Linie nach der anderen mit dem Argument, die Wiener Linien wären zu teuer, elegant von der Bustochter übernommen wird, mit der Auswirkung, dass immer mehr Bedienstete der Wiener Linien auf das Lohnniveau des HTV zurückfallen würden!

Auch müsste hinterfragt werden, wie klug ist es, wegen eventuell 50 Fahrer, die von einer Bustochter aufgenommen und nach HTV bezahlt werden wür-

den, alle zukünftigen Wiener Linien Bediensteten der gleichen Gefahr auszusetzen, in Zukunft weniger Lohn zu bekommen!

Das Gegenargument der FSG-Kollegen, in Zukunft müsse über jede Linie, die an die Tochter abgegeben wird, vorher mit dem Betriebsrat vorher Verhandelt werden.

Jetzt stellt sich die Frage, wenn die FSG-Betriebsräte schon bei Gründung einer Tochtergesellschaft klein begeben, wie werden sie dann, wenn es nur um eine oder mehrere Linien geht reagieren? – **Gar nicht,- meint der GLB!**

Ein weiteres Argument, wenn es dem Unternehmen wirklich nur um eine konkurrenzfähige Linienführung im Überlandverkehr geht, hätten sie ohne weiteres, den ersten Vorschlag des Betriebsrates annehmen können!

Dem GLB ist bewusst, dass einige Ausführungen spekulativ sind und keiner kann die wahren Absichten der Unternehmensführung voraussehen. Klar ist, ihre wahren Zukunftsabsichten werden sie den Betriebsräten nicht auf die Nase binden und die Vergangenheit hat gezeigt, dass Zusagen kaum eingehalten wurden, weder vom Unternehmen noch von der FSG.

Die wahren Beweggründe der FSG!

Viele Leser werden sich jetzt fragen, warum ändert die FSG so radikal ihren Kurs und stimmt nun der Gründung einer Bustochter zu, wo sie doch anfangs sooo dagegen war?

Nun liebe KollegenInnen, die Erklärung ist relativ einfach und logisch, wird nun tatsächlich eine Bustochter gegründet, würden jene Fahrer die dort beschäftigt sind, nach dem HTV-Tarif fahren und somit zur Gewerkschaft Handel/Transport gehören.

Würde diese Tochter nun immer mehr Linien übernehmen, würde dementsprechend der Einfluss unserer derzeitigen FSG-Granden schwinden, mit all seinen Auswirkungen.

So ist es eine elegante Lösung zum Wohle der FSG, auch wenn alle Buslinien zur Tochter wandern, Streiks wären überflüssig, ihre Privilegien und Einfluss bleiben erhalten- nur die zukünftigen Wiener Linien Beschäftigten verdienen erheblich weniger, aber was macht das schon wenn es dem Wohle der Fraktion dieht!



Herr kaiser hat sich verrechnet !!!

von beinhart am 3.Mar.2004 10:19

die billig löhne haben die wiener linien erreicht !
 durch die „verkehrsmanagement GmbH“, welcher der herr kaiser in übereinkommen mit
 den roten stadtrat rieder zugestimmt hat !
 nicht das umland ist das ziel, sondern die wiener city .
 herr kaiser sollte sich nun überlegen, ob er nicht streiken soll ?!
 aber es sind jetzt wahlen und da muß man sich in einem zeitungsartikel im kurier melden,
 oder ?
 ein sieg der FSG bei der AK wahl, dürfte nicht schwierig sein ? denn die kollegInnen wissen
 , im roten wien braucht man eine rote gewerkschaft, welche mit dem stadtrat freundschaft-
 lich reden kann und mehr nicht !
 wenn man kein thema hat, greift man die bundespolitik an, in wien ist alles super !
 herr fischer könnte sich in der ZW bei herr sam überzeugen !!!
 mfg werner tamandl
 v47/ bhf erdberg

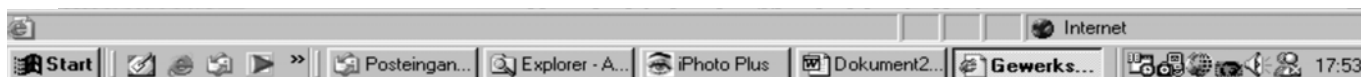
Überstundenbesteuerung

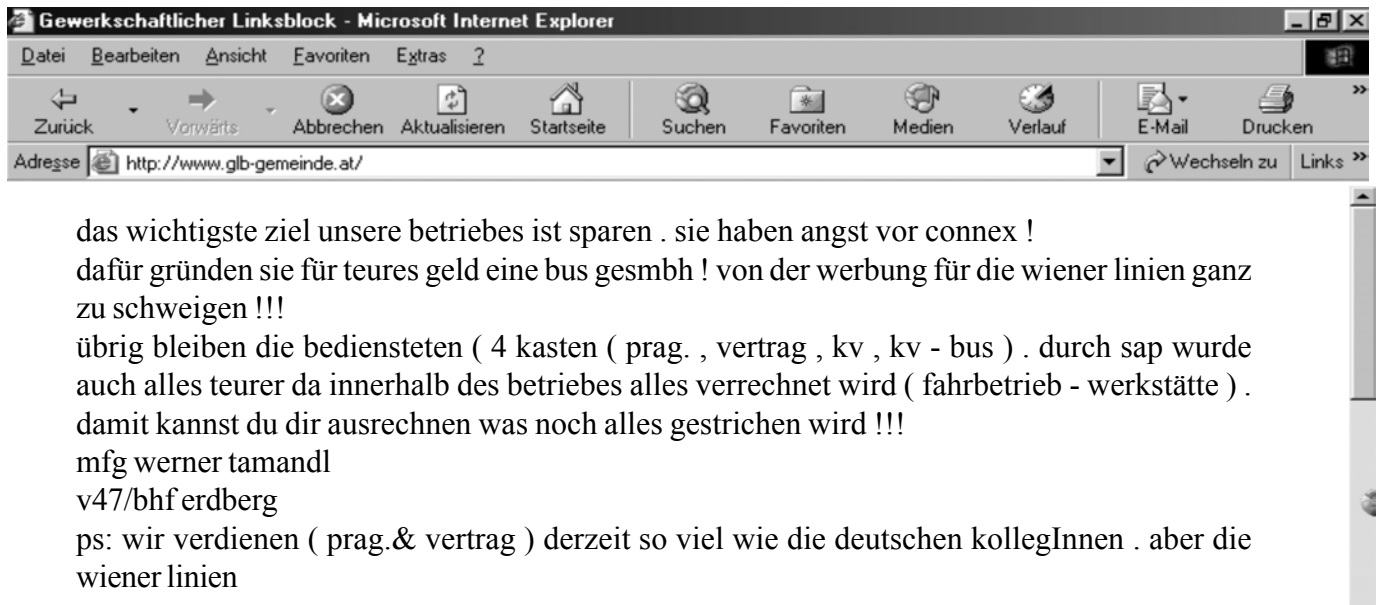
von ducaty1 am 21.Feb.2004 23:08

Ist es nicht arg, dass sie uns noch mehr abzocken und wir nicht nur Freizeit opfern sondern
 auch noch mehr Steuern zahlen müssen für die Überstunden .
 Man wundert sich dann gar nicht mehr, dass keiner mehr an seinem freien Tagen auf Extra
 fahren will. Es scheint ihnen doch lieber zu sein, die Züge und Busse in der Halle stehen zu
 lassen als auf der Strecke .
 Was wird uns als nächstes gestrichen, vielleicht die Nebengebühren ????
 Euer duc

von beinhart am 22.Feb.2004 11:07

hallo !
 leider verdienen wir nicht sehr viel !
 das leben ist teuer geworden und so müßen viele kollegInnen vor allem junge und ältere ihre
 freizeit opfern .
 dazu kommt noch die hohe steuerlast, trotz steuerreform 2005 .





Meldung in letzter Minute

Buslinie 65 A kommt wieder in die Garage Rax zurück - teilweise betrieben!

Das Fahrpersonal kommt aber nur teilweise von den Wr. Linien, der andere Teil des Fahrpersonals kommt von der Firma Pletter! Na ja!?

Verbesserungsvorschlag für die Linie 62

Da es im Bereich Hetzendorferstrasse/Breitenfurterstrasse in Fahrtrichtung Ring immer wieder zu Behinderungen und Rückstau der Linie 62 und des Individualverkehrs, der durch die abbiegenden Autofahrer verursacht wird, kommt, habe ich mir folgende Punkte überlegt.



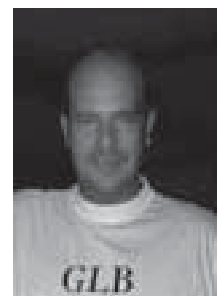
Punkt:1)

Eine Abhilfe wäre gegeben, wenn die gegenüberliegenden Schrägparkplätze (Haltestelle Altmannsdorferstrasse) in Längsparkplätze umgewandelt würden und sich somit eine neue Fahrspur ergibt.

Oder Punkt:2)

Eine andere Variante der Abhilfe wäre gegeben, wenn die Ampelphase zum Einbiegen der Autofahrer in Richtung Grüner Berg durch das Beschleifen unseres Bügelkontaktes verlängert würde. Somit würde die Abbiegespur des Autoverkehrs frei werden und der 62er könnte ungehindert in den Haltestellenbereich (Altmannsdorferstrasse) einfahren.

Für Fahrgäste, Fahrpersonal, Autofahrer und auch für die Fußgänger wäre es eine angenehme und machbare Lösung.



Dieser Vorschlag wurde an die zuständige Personalabteilung der Wiener Linien weitergeleitet.

Euer Willi

AK-Wien – Wahl 2004

Die GLB-Spitzenkandidatin kommt aus dem Gemeindebereich



Kommenden Mai finden in Wien die Arbeiterkammerwahlen statt. Wie bei allen anderen Fraktionen, wurden im Vorfeld der AK-Wahl die Spitzenkandidaten nominiert.

Die, in den letzten Jahren, massiven Veränderungen im Gemeindebereich (Ausgliederung, Privatisierungen, Verschlechterungen im Dienstrecht, Verschlechterungen der Beamtenpensionen, usw.) erfordern eine aktive und resolutere Vertretung der Interessen der Gemeindebediensteten in der Arbeiterkammer!

Die Mehrzahl der Arbeiterkammerräte sehen die Sorgen und Ängste der Gemeindebediensteten rein als Verteidigung und Absicherung ihrer Privilegien, dementsprechend wurden auch Anträge behandelt!

In den wenigen Jahren nach der Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und seiner Bediensteten, gab es enorme Verschlechterungen im Dienstrecht, bei der Besoldung und den Dienstabläufen.

Die Forderung nach Berufsanerkennung der Wiener Linien-Fahrbediensteten, bekam in der AK ein Begräbnis erster Klasse, der Grund, die Interessen der Gemeindebediensteten werden kaum in der AK vertreten!

Im Bereich der Spitäler ist die Situation ähnlich dramatisch. Einsparung beim Personal, Schließung von Spitälern und geringe Investitionen in vorhandene Spitäler sind Fakten über die man nicht mehr hinwegsehen kann.

Aus diesem Grund, stellte der GLB-Gemeinde innerhalb der GLB-Fachgewerkschaften die Forderung, dass der nächste GLB-Spitzenkandidat für die kommende AK-Wahl aus dem Bereich der Gemeinde kommen muss!

Heute kann ich nicht ohne Stolz sagen, unsere Spitzenkandidatin kommt aus unseren Reihen. Kollegin **Beatrix Todter** ist Personalvertreterin im Kaiser Elisabeth Spital und sie wird in Zukunft die Interessen der Gemeindebediensteten in der AK mit Nachdruck vertreten.



Meine Bitte an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützt unserer Spitzenkandidatin. Sie ist eine Kollegin aus unseren Reihen, Gemeindebedienstete wie wir alle und keine freigestellte Funktionärin, die von unseren Sorgen und Problemen keine Ahnung hat!

Vom 3.-14. Mai brauchen wir Eure Unterstützung!

Euer Kollege Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB/GdG



Die Arbeiterkammer
ist mehr als....



TODTER Beatrix, KES-Zentralröntgen

**.... Rechtsberatung
Konsumentenschutz
Berufsbildung
Parteiprivilegien
und Parteibuchwirtschaft**

Die Arbeiterkammer ist....

**deine mächtigste Interessenvertretung
und soviel wie Deine Stimme bei der AK-Wahl**

Wenn schon AK-

dann mit dem Kampfgeist des GLB

Kandidaten der HG IV:

Koll. Roman BÖHM-RAFFAY
Kollin. Eva HARRER
Koll. Hans-J. WÖCHTL
Kollin. Fini LÖWENSTEIN
Koll. Adi BECKER

Koll. Alois STEFFEL
Koll. Robert KIENAST
Koll. Karl BLAUENSTEINER
Koll. Gottfried JELLINEK

Die EU-Erweiterungslüge

Die Osterweiterung ist Wirklichkeit geworden! Ein gigantischer Wirtschaftsraum von rund 600 Millionen Menschen soll zusammenwachsen und Wohlstand und Frieden bringen.

Regierungen und Wirtschaftstreibende bezeichnen das Zusammenwachsen von Ost und West als Zukunftschance, die Wirtschaft soll wachsen und somit Arbeitsplätze entstehen.

Warnungen, dass es dadurch zu massiven Problemen am Arbeitsmarkt kommen könnte und dadurch vor allem in den Grenzregionen die Arbeitslosigkeit explodiert, wird als reine Panikmache herunter geredet.

Die Erweiterungsgewinner – Die Wirtschaft und allen voran, die multinationalen Konzerne, investierten Millionen in Lobbying, um Regierungen und ihre Vertreter auf ihre Linie zu bringen. Freier Waren- und Dienstleistungsverkehr und keine Zoll- und Handelsbeschränkungen sollten die Wirtschaft stärken. Gleichzeitig wurden Gefahren der Erweiterung verniedlich oder ganz totgeschwiegen.

Alle Regierungen spielten dieses Spiel mit und verkauften ihren Bevölkerungen die Osterweiterung als Jahrhundertchance!

In Zukunft werden jene Konzerne ihre Fabriken in billigere Länder der EU verlegen, oder bestehende Niederlassungen so massiv unter Druck setzen, dass es auch in den alten EU-Ländern zu massiven Lohneinbußen kommen wird!

Den Multis eröffnet die Osterweiterung ein unerschöpfliches Reservoir an billigen Arbeitskräften und somit in den nächsten Jahrzehnten Milliarden mehr an Gewinne!

Gravierende Lohnunterschiede! - Die Lohnunterschiede sind nach wie vor enorm hoch. Ein Bauarbeiter in Bratislava verdient nur ein Sechstel dessen, was er im nur 66 (Straßen-)Kilometer entfernten Wien verdienen kann, ein Verkehrsbediensteter verdient sogar nur ein Zehntel eines Wiener Verkehrsbediensteten

und dies nicht zu vergessen, zu weit schlechteren Arbeitsbedingungen, - das gilt für alle Branchen. Diese Kluft wird sich, wenn überhaupt nur langsam schließen. Am deutlichsten ist das am wiedervereinigten Deutschland zu sehen. Obwohl die



deutsche Regierung seit der Wiedervereinigung Milliardenbeträge in den Osten pumpt, ist das Lohnniveau noch immer gut 20 % unter dem des Westens!

Der jüngste Bericht der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zeigt: Die mittel- und osteuropäischen Länder haben zwar höhere Wachstumsraten als der EU-Durchschnitt, – es wird aber eine Generation (mindestens 20 Jahre) dauern, bis das BIP-pro-Kopf den EU-Durchschnitt erreicht hat.

Problem Arbeitslosigkeit - Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt in den Erweiterungsländern bei durchschnittlich 14,9 Prozent, in Polen bei fast 20 Prozent und in der Slowakei bei 18,7 Prozent (EU-Durchschnitt: 7,8 Prozent). Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25-Jährigen macht 32,6 Prozent aus (in der Slowakei 37,7 Prozent). Wegen der bevorstehenden, unvermeidlichen Strukturanpassungen in Industrie und Landwirtschaft wird die Arbeitslosigkeit

noch weiter steigen. Um auf den Beschäftigungsdurchschnitt der EU-15 zu kommen müssen laut EU-Kommission in den Beitrittsländern drei Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden, das ist jedoch kaum realistisch.

Viele dieser Arbeitslosen werden daher auf den westeuropäischen Arbeitsmarkt ausweichen. Vor allen in den grenznahen Regionen wird der Zustrom an billigen Arbeitskräften zu einer explodierenden Arbeitslosigkeit führen!

Dramatische Auswirkungen wird dieser Zustrom an billigen Arbeitskräften im Großraum Wien haben. Slowakei und Tschechien sind nur wenige Kilometer von Wien entfernt und ein Pendeln sollte kein großes Problem sein!

Die Regierung gaukelt der Bevölkerung vor sie sei durch Übergangsfristen geschützt! – Faktum ist, es gibt nur eine 7 jährige Übergangsfrist zum Schutze des inländischen Arbeitsmarktes.

Die siebenjährige Übergangsfrist zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes gilt nicht automatisch ab EU-Erweiterung bis 2011. Vielmehr muss die österreichische Regierung 2006 und dann noch einmal 2009 in Brüssel melden, warum Österreich den heimischen Arbeitsmarkt weiterhin schützen will. Bleibt eine solche Meldung aus, gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Regierungen haben dem Druck der Konzerne nachgegeben! – Es ist mehr als offensichtlich, dass selbst nach voller Ausnützung der siebenjährigen Übergangszeit, das Lohnniveau im Osten noch weit unter dem im Westen liegen wird und es spätestens dann, unter dem Druck der Wirtschaft zu einem dramatischen Lohndumping bei uns kommen wird!

Anfängliche Forderungen der Arbeitnehmervertreter, Übergangsfristen an das Lohnniveau zu koppeln, wurden von Regierungen und Wirtschaft

abgeschmettert. Heute haben sich die Arbeitnehmervertreter damit abgefunden und fordern nur mehr eine strikte Einhaltung der 7-jährigen Übergangsfrist!

Es ist heute ein Faktum, die Europäische Union ist nicht eine Vereinigung der Völker, sondern eine Vereinigung der Wirtschaft und des Kapitals, die Bedürfnisse des Einzelnen werden darin kaum berücksichtigt und der Wirtschaft untergeordnet.

Soziale Standards werden zurückgefahren und ausgehöhlt um Wirtschaftswachstum und Gewinn nicht zu gefährden.

Selbst Arbeitnehmerorganisationen stehen diesem Phänomen eher hilflos gegenüber, Ihnen fehlen zum einem die Konzepte, zum anderen sind sie kaum bereit dagegen anzukämpfen. Seit Jahren betreiben sie eine Vogel Strauss Politik in der Hoffnung, „**so schlimm wird es schon nicht werden**“.

Während Konzerne heute global tätig sind, kochen Gewerkschaften weiter hin ihr nationales Süppchen und selbst da können sich die einzelnen Fachgewerkschaften kaum zu einen gemeinsamen Vorgehen einigen,- zu sehr ist hier jeder um seine eigenen Interessen und Vorteile bedacht.

Diese Schwäche wird seit Jahren, vor allem von international agierenden Konzernen, skrupellos zu ihren Vorteil ausgenutzt.

Ein radikales Umdenken der Arbeitnehmervertreter wird für die Zukunft notwendig sein, um nicht noch mehr ins Hintertreffen zu geraten,- es stellt sich jedoch nur eine Frage - ist es nicht schon zu spät?

**Euer Kollege
Roman Böhm - Raffay**

Tibet/Nepal

Kathmandu und Tibet beeindrucken durch seine Ursprünglichkeit und einer faszinierenden Kultur, des Weiteren erwarten den Teilnehmer gewaltige Natureindrücke am Dach der Welt!
Wie bei allen Reisen sind auch bei dieser Reise GLB-Betreuer vor Ort, die euch betreuen.
Die Rundreisen in Tibet werden von einem Schweizer Unternehmen geführt!

16 Tage Rundreise Kathmandu/Lhasa, vom 13.05. – 28.05.2004 2 499 •
30 Tage Rundreise Kathmandu/Lhasa/Kailash, 13.05. – 11.06.2004 3 990 •
Das ist eine All Inklusive Reise!

Nicht inkludiert sind lediglich: Sämtliche Flughafen- und Sicherheitsgebühren/
Visumgebühren und alkoholische Getränke/ EZ-Preise auf Anfrage

Reiseverlauf 16 Tage Rundreise:

Flüge Wien-Amman-Bangkok- Kathmandu - Lhasa, mit insg. 2 Übernachtungen in Bangkok, 4x Kathmandu, 4x Lhasa und einer 4 tägigen Landreise von Lhasa nach Kathmandu mit Bus, und einigen interessanten Klösterbesuchen en route, mit einem Wort – Tibet pur !

Reiseverlauf 30 Tage Rundreise:

Die ersten 8 Tage sind für beide Reisen gleich. Von Lhasa geht es mit einem Geländewagen samt Begleitlastwagen plus Koch und Mannschaft für 3 Wochen auf eine 2000 km Reise quer durch Tibet.
Mit einem Besuch des hl. Berges Kailash (eine 4 Tage Trekkingumrundung möglich),
3 Tage beim Gyantse Klosterfest mit Lamatänzen
und Sand-Mandala Zeremonie sowie die Aufrollung der Riesen-Thangka in Lhatse (nur 1x im Jahr), hierbei ist die Übernachtung stets in einfachen Pilgerquartieren und Zelten

Für beide Rundreisen sind noch jeweils 6 Restplätze frei!

Sämtliche Reiseinformationen könnt ihr auch unserer neuen Reise – Homepage entnehmen!

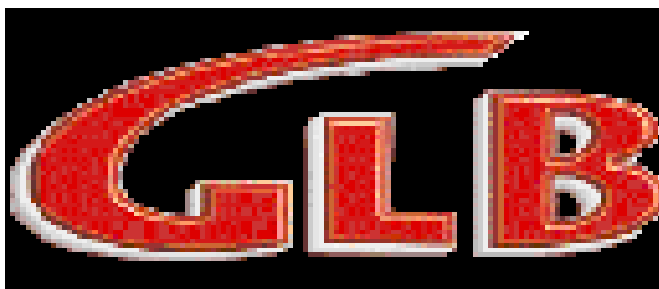
www.glb-gemeinde.at („GLB – REISEN“ anklicken)

Tipp! : – neue Homepage wird laufend mit weiteren Infos aktualisiert – öfters reinklicken!

Für alle Bediensteten ohne Internetzugang, einfach Reisebroschüre anfordern!

GLB - Büro 01/407 69 36

Unser GLB-Team bemüht sich um Euch



DER *Mai* WINKER

IMPRESSUM:

Herausgeber, Verleger und Hersteller:

Fraktion GLB in der GdG, 1090 Wien,
Maria Theresien Str. 11. **Redaktionsbüro:** 1170
Wien, Eleterleinplatz 6/2 - Tel.: 407 69 36;
e-mail: glb.gemeinde@aon.at

www.glb-gemeinde.at

Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Fotos: copyright by GLB/GdG